



**Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 17. Juni 2020  
– Auszug aus Drucksache 18/8539 –**

**Frage Nummer 3  
mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung**

Abgeordneter  
**Christoph  
Maier**  
(AfD)

Vor dem Hintergrund der geplanten Erhöhung der GEZ-Zwangsg Gebühr (GEZ = Rundfunkbeitrag ARD ZDF Deutschlandradio) von 17,50 Euro auf 18,36 Euro ab 01.01.2021 und den damit zu erwartenden Verfolgungs- und Zwangsvollstreckungsmaßnahmen frage ich die Staatsregierung, wie viele abgeschlossene Zwangsmaßnahmen im Jahr 2019 zur Eintreibung der GEZ-Zwangsg Gebühr durchgeführt wurden, wie viele abgeschlossene Verfahren seit Beginn des Jahres 2020 durchgeführt wurden und wie viele laufende Verfahren der Staatsregierung bekannt sind?

**Antwort der Staatskanzlei**

Die Anfrage bezieht sich auf interne Daten, Sachverhalte und Vorgänge des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bzw. des Beitragsservices, auf die eine Antwort der Staatsregierung nicht möglich ist. Die Verantwortung hierfür ist gesetzlich vollständig dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk übertragen.

Ergänzend sei auf die unter <https://www.rundfunkbeitrag.de/> einsehbaren Jahresberichte hingewiesen, in denen der Beitragsservice über die Entwicklung der Beitragserträge informiert und die wesentlichen Daten und Fakten rund um den Beitragseinzug darstellt (letzter: Jahresbericht 2018).